

## Bezugsgebühr:

Wochentäglich für Beobachter bei täglich ameinanderer Ausgabe durch unsere Bieter abends und morgens, zu Sonn- und Montagen nur einmal 20 Pf., dann auswärtige Kommissionen 3 Pf. bis 2 Pf. 50 Pf. Bei einmaliger Ausgabe durch die Welt 3 Pf. ohne Beigabe, im Ausland mit entsprechendem Beigabe. Nachdruck aller Artikels u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe. Dresd. Radr. 7 zulässig. Richtigkeit Honorar-ansprüche bleiben überliefert; unterstehende Namensliste werden nicht anberrechnet.

Telegramm-Adresse:  
Nachrichten Dresden.

# Dresdner Nachrichten

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15

empfiehlt in grösster Auswahl:

Eiserne Oefen und Herde, Hauss-, Küchen- und Landwirtschafts-Geräte.

Gegründet 1856.

## Anzeigen-Carit.

Einnahme von Anzeigen bis nachmittags 3 Uhr. Samm- und Beisitztag nur Montagmorgen so von 11 bis 12 Uhr. Die tägliche Gesammtzeit von 8 Seiten 20 Pf. Die Bindungen auf der Privatseite Seite 25 Pf.; bei 25 Seiten Seite 20 Pf. 50 Pf. als Einzelblatt Seite 20 Pf. In Nummern aus Samm- und Beisitztagen 1 halbe Grammseite 20 Pf., am Privatseite 40 Pf., 2 halbe Seite am Privatseite und als Einzelblatt 60 Pf. Ausdrücke Anzeigen nur gegen Sonderauszahlung. Einzelblätter werden mit 10 Pf. berechnet.

Berichtsperiode ist:  
Mont 1. Nr. 11 und Nr. 2096.

Hausgeschäftsstelle:  
Marienstr. 38/40.

## Contratissim - Keuchhustensaft

Fluidextrakt der Blätter der Edelkastanie und Gartenthymian. Flasche 75 Pf. Aromat. Keuchhustensaft, 10 Pf. Vorsatz nach auswärts. Alteingeschlossene Niederräge: Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.



Soeben eingetroffen:  
Moderne Zimmeruhren von 10-75 M.  
Stilgerechte Hausuhren 70-500.

Gustav Smy

DRESDEN-A., Moritzstrasse 10.



Ferd. Dettmann

Dresden, König Johannstr.  
Optisch-mechan. Institut  
erster Raumes.  
Schul- u. Techniker-Reisezeuge.  
Reparaturen von auswärts am selben  
Tage möglich. Katalog gratis frank.

## Fabrik feiner Lederwaren.

Weltgebendste Auswahl in  
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.

Reise-Artikel.

Adolf Näter

Größtes und vornehmstes  
Lederwaren-Spezial-Geschäft  
26 Prager Strasse 26.

Fr. 305. Spiegel: Sozialdem. Parteiflandal. Hofnachrichten, Landesmedienkollegium, Landtagsverband, Mittwoch. Witterung: Freitag, 3. November 1905.

### Der sozialdemokratische Partei-Flandal,

der sich in der Redaktion des „Vorwärts“ mit Acht und Stach abgespielt hat, hat das Gute gehabt, selbst den verträumtesten Illusionisten in jenen klarer Beleuchtung zu zeigen, was von dem sozialdemokratischen Zukunftstaate und der von ihm erhofften Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu erwarten ist. Die „Vorwärts“-Affäre liefert den bindigsten Beweis, dass die vielgerühmte sozialdemokratische Freiheit der Presse und der politischen oder wirtschaftlichen Ausübung lediglich auf dem Papier steht, das den geistigen Arbeiter innerhalb der Sozialdemokratie jederzeit durch die Parteidiktatoren die bestimmt „Richtung“ angewiesen wird, innerhalb deren er sich nüchtern volens zu betätigen hat. Wer sich aus ethischer Überzeugung gegen eine derartige Brutalierung jenes journalistischen Gewissens wehrt, muss wie jetzt die bisherige „Vorwärts“-Redaktion, die Wahrheit des alten Liebhabers Wortes an sich erfahren: „Wer nicht variiert, der liegt!...“ Der Sachverhalt, der dem „Vorwärts“-Flandal zu Grunde liegt, ist, wie nochmals kurz erwähnt sei, folgender: Das „Literaten-Gesamt“, das sich vor dem Jenaer Parteitag zwischen dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ angeponnen hatte, drehte sich bekanntlich um den Streit zwischen Wehring-Kaußky, d. h. der historisch-ökonomischen Richtung einerseits und der Chefredaktion des „Vorwärts“ oder der ethisch-ästhetischen Richtung andererseits. Auf dem Jenaer Parteitag wurde der Streitfall nicht öffentlich, sondern hinter geschlossenen Türen von einer Geheimkommunikation behandelt, die zur Schlichtung der übeln Prechtritten zwischen dem „Vorwärts“ und der „Leipziger Volkszeitung“ eine Resolution zusammenstellte, die dann vom Plenum des Parteitages angenommen wurde. Damit glaubten alle Beteiligten den Fall erledigt, und den Redakteuren des „Vorwärts“ wurde von Bebel im Namen des Parteivorstandes erklärt, dass niemand auch nur im entferntesten daran denke, ihnen funktionalen Knüppel zwischen die Beine zu werfen oder sie gar zur Niederlegung ihrer Tätigkeit zu zwingen. Trotzdem — und das zeigt die traurige Geschichte und pauschalische Brutalität der Berliner „Chevenemens“ in bengalischer Beleuchtung — entwarf der sozialdemokratische Parteivorstand ganz hinterhältig einen Geheimplan zur Erpressung der „Vorwärts“-Redaktion und bahnte durch Anwendung von fragwürdigen Sabalen, Intrigen und Hintertreppen-Manövern eine neue Ära in der Zeitung des „Vorwärts“ an, die jetzt verfestigt worden ist und in ihrer radikalen Eigenart durch die Namen Stadtgarten und Rosa Luxemburg charakterisiert wird.

Von den einzelnen Phasen der Arie sind nachstehende besonders bemerkenswert: Am 22. Oktober erhielt im „Vorwärts“ eine Mitteilung, in der die Redakteure Böttner, Eisner, Grodnauer, Ralis, Schröder, Weißer erklärt, dass sie in Beantwortung eines Entschlusses des Parteivorstandes für den 1. April 1905 ihre Kündigung einbereicht hätten. Das war die erste äußere Enthüllung, die auf schwere innere Spannungen zwischen den beteiligten Personen, Kommissionen und Stipendiaten schließen lässt. Am 25. Oktober veröffentlichte der Parteivorstand eine Erklärung, wonach die Vereinigung des Parteivorstandes und der Preskommission des „Vorwärts“ mit allen gegen acht Stimmen beschlossen hätte, die Kündigung anzunehmen. Zum Schluss klagt es: „Den Parteigenossen soll über die Vorgänge, die zur Kündigung der genannten sechs Personen und zu dem heutigen Beschluss führten, öffentlich Auskunft gegeben werden, sobald die Verhältnisse in der Redaktion geordnet worden sind.“ Die erste „Auflösung“ nebst Erwidern und Gegenwidern kam am 26. Oktober. Aus der Auflösung der Redakteure ist bemerkenswert, wie nach einer scheinbaren Regelung der Redaktionsverhältnisse vor und auf dem Parteitag Parteivorstand und Preskommission in geheimer Sitzungen grundlegende Änderungen des Redaktionsstabes durch Kündigung und Neuaustellung vorgenommen, ohne den Redakteuren ein Wort der Mitberatung zu gestatten, wogegen die Redakteure Protest erhoben hatten. Es heißt da: „Erst am 16. Oktober gab uns der Vorstand auf unseren Protest vom 10. Oktober Bescheid. Genosse Mannlich gab uns mündlich die überraschende Auskunft, dass es das gute Recht des Vorstands sei, nicht nur ohne unsere Anhörung zu entscheiden, sondern auch ohne uns die Beratungen zum Abschluss zu führen. Er fügte hinzu, dass in unserem Falle von diesem guten Recht Gebrauch gemacht werden würde. Dieser männliche Bescheid langt uns so ungeheuerlich, dass wir noch am selben Tage (16. Oktober) um schriftliche Fixierung bateten. Am 20. Oktober, abends 9 Uhr, überreichte uns Genosse Mannlich endlich den schriftlichen Bescheid auf unseren Protest. Er beträgt in dünnen Wörtern, dass es tatsächlich die Auflösung des Vorstandes sei, dass bei solchen Entscheidungen die Redaktion nicht einmal gehört zu werden brauche. Diese Prinzipienklärung, die im Widerspruch mit der ganzen bisherigen Parteidiktatur steht, veranlasste noch am selben Abend die noch anwesenden Kollegen, ihre Kündigung zu beschließen und die Be-

gründung dieses Schritts schriftlich zu fixieren. Ausdrückend war für sie die Erkenntnis, dass mit dieser neuen Auffassung die Freiheit und Unabhängigkeit der Presse bedroht, wenn nicht vernichtet sei, die bisher der schönste Stolz der Partei gewesen und allein der Redakteure das moralistische Recht gab, die Würdefreiheit und Unabhängigkeit des kapitalistischen Pressebetriebes zu gewinnen. An diese Erklärung der „Vorwärts“-Redakteure schloss der Parteivorstand gleichzeitig ein Schweigegebot für sämtliche Partei-zeitung und Parteiblätter an und vertrug, in Kürze seinerseits eine „Auflösung“ über die ganze Partei zu geben. Da die Auflösung in nur erheblichem Maße als jenseits Spalten im „Vorwärts“ ist, ihr Inhalt aber nicht zu dieser Länge in seinem Verhältnis; nur in ganz nebenständlichen Punkten ist dem Parteivorstand eine Widerlegung möglich, in den Hauptpunkten bleiben die Anschuldigungen der „Vorwärts“-Redakteure bestehen, dass der brutale Herrenstandpunkt des sozialdemokratischen Parteivorstandes bei dieser Gelegenheit in für die Partei verhängnisvoller Weise hervorgelebt worden sei, dass man sie „zu Tintenfüssen herabwürdigen und ihnen Monstrose häften lassen wollen“, und das man sie, als dies nicht gelang, „wie Haussoldaten hinzugeschworen“ habe.

Noch weiter auf die Einzelheiten des „Vorwärts“-Standards einzugehen und sich näher mit der von ihm hervorgerufenen Sintflut von Erklärungen, Gegenentwürfen und gegenseitigen Bekämpfungen zu beschäftigen, verbietet der Raum. Auch würde dabei das allgemeine Interesse erlösen, denn auch bei diesem „Fall“ die Feststellung der Tatsache genügen wird, dass die Partei eines idyllischen, alle befriedigenden und holdste Eintracht aller verbindenden Zukunftstaates gerade in ihren eigenen Reihen eine Parteimität und eine Gewalt- und Unterdrückungspolitik von Beben und Zache großgezüchtet hat, die einfach jeder Beschreibung trotzt. So haben beispielweise die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Krohn und von Elm persönlich in Berlin verucht, zwischen dem Vorstand und der höheren Rebellion zu vermitteln, der Versuch ist aber elend gescheitert. Außerdem haben die beiden Genossen die sofortige Einberufung der Aktionen beantragt, sind jedoch auch mit diesem Antritt vom Parteivorstand abgeschlagen worden, das heißt mit anderen Worten: die Parteidiktatoren Bebel, Singer und Komteut befehlen und alles andere — selbst die „Genossen“ Reichstagsabgeordneten — hat zu gehorchen. Das demgegenüber sogar die sozialdemokratische Presse selber wild wird und sich zum Werk setzt, ist leicht zu begreifen. So meint Abgeordneter von Böhl in der „Münchner Post“: „Vorher hält der brutale Scharmasche es auch nicht machen können, wie die offenbar mit Blindheit geschlagenen Genossen des Parteivorstandes und der Preskommission. Wie sollen deutsche Arbeiter noch mit Erfolg gegen das Unternehmerium antrampeln, wenn der Vorstand der sozialdemokratischen Partei sich stupidoiser benimmt wie das rücksichtlose Scharfmachelein?“ So wird wohl ebenfalls in der Partei die lange Frage laufen: Glückseligkeit ist der Vorstand nicht die Partei, und diese wird lantig mit aller Macht dagegen weichen, dass der Vorstand dem demokratischen Gedanken ins Gesicht schlägt. Weder Absolutismus noch Diktatur haben in der Partei Raum, und wenn der Vorstand willkürliche Befehle geben sollte, so wird er bald eines besseren belehrt werden. Nach diesen Vorgängen wird wohl der Mund, der „Vorwärts“ mögliche Presoblatt werden, Erfüllung finden; die überwiegende Mehrheit der Parteigenossen wird wohl darauf verzichten, den „Vorwärts“ noch als Parteidiktator zu achten.“ — — — Da von dem Chefarzt Braun herausgegebene „Neue Freiheit“ schreibt noch deutlicher: „Das ist bedenkliche Vorgehen des Parteivorstandes in ein Symptom für die allgemeine Lage der Partei. Das dem so ist, scheint uns vor weniger Schulden des Parteivorstandes selbst, indem Schild der Gelassenheit der Parteigenossen. Auch die, die dank ihrer Leistungen an die Spitze der Partei gestellt wurden, sind nur Dienstchen. Wenn der berechtigte Recht vor ihnen zur Servilität aussetzte, wenn — genau so wie vor gekürten Haupten des Gegenwartstaates — Unzufriedenheit und Kritisit sich aus Furcht und Rückicht nur im stillen äußert, so muss der Parteivorstand genau wie jeder andere, dem Verdienst oder Schicksal irgend ein Zepter in die Hand gab, seiner selbst unbewusst, absolutistische Tendenzen entwickeln.“

Das ist eine herbe Kritik, die aber den Nagel auf den Kopf trifft und der nichts hinzuzufügen ist. Ob sich aus diesem Standort eine ernste Krise innerhalb der Partei entwickeln wird, bleibt — obwohl sie keineswegs unvermeidlich scheint — dennoch abzuwarten. Es ist schon hat es sich herausgestellt, dass die Sozialdemokratie ein weites Gewissen hat und dass das Band, welches die einander befreindenden Gruppen und Richtungen zusammenhält, so elastisch ist, dass die stolzesten Miss und die tollsten Verzerrungen noch immer mit verblüffender Leichtigkeit korrigiert werden sind: Man schlägt sich und verträgt sich.

### Neueste Drahtmeldungen vom 2. Novbr.

Koloniale.

Berlin. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: Im Gefecht am Oranje, östlich Hartibesmund, getötet: Haupt-

mann Friedrich d'Arrest, Stadtkapit. Dr. Hermann Althans, Oberverw. verwundet; Lieutenant Ernst Schonberg, Oberstj. Hans Hannemann, Oberstleutnant Paul Dietmann.

### Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Es ist klar, die Siebensternkommission müsste folgende Eingaben an den Reichstag: Durchsetzen! Auf einer großen Menge von Arbeitern im Bergarbeiterbezirk werden diejenigen Arbeitern, die ordnungsmässig von einer Firma abstellen, nicht eher auf anderen Betrieben eingesetzt, bis sie neben dem vom Betrieb vorgedrohten Ablehndungsversuch von der obhutenden Regie noch einen Überweiterungs- bzw. Übernahmevertrag vorweisen. Dann kann ein solcher ordnungsmässig abstellbarer Arbeiter den Überarbeiter nicht vorzogen werden, in falls er von einer Firma zur anderen gehen und um Arbeit anstreben, wird aber niemals eingestellt. Ich erwarte daher Arbeitern nur zu verneinen, wenn sie abweichen in, um beispielhaft einen solchen Nebenberuflichkeit zu verhindern. Durch diese Bergarbeiterrechte werden Arbeitsbeschaffung im Ruhrgebiet verschafft.

Es ist klar, die Siebensternkommission müsste in einem Antrag die Bergarbeiter des Ruhrbezirks, die neue Arbeitsordnung zu unterstreichen, da sie den geistigen Bestimmungen in einzelnen Punkten widerstreiten und die Arbeitsordnung befehlen und bestimmt durch eine Vorlage zur Änderung der Reichsgewerbeordnung. Hierzu richten die Siebensternkommission an den Handelsminister einen Antrag, in dem dieser gebeten wird, die Bergbehörden anzuweisen, die vom Bergarbeiterverbund bestimmt und von den Bergarbeiterverbänden abgelehnt werden, um die Bergarbeiterrechte zu verhindern. Aus diesen Gründen richten wir an den Reichstag, dass die obige Bitte, in dieser Form durchsetzt zu werden, durch die Bergarbeiterrechte zu wollen, erneut durch eine Vorlage zur Änderung der Reichsgewerbeordnung.

Es ist klar, die Siebensternkommission müsste in einem Antrag die Bergarbeiter des Ruhrbezirks, die neue Arbeitsordnung zu unterstreichen, da sie den geistigen Bestimmungen in einzelnen Punkten widerstreiten und die Arbeitsordnung befehlen und bestimmt durch eine Vorlage zur Änderung der Reichsgewerbeordnung.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die ansässigen Bankiers sind heute nachmittags mit einem eigens für sie gehorteten Schiffe von hier abgefahren. Sie bewilligen, wie es heißt, der Regierung eine Anleihe von einer Milliarde Mark. Daraus sollen verwendet werden 700 000 000 Mark zur Rückzahlung der während des Krieges in Paris und in Berlin aufgenommenen kurzfristigen Kredite. Der Rest soll haushaltlich zur Bereitstellung der Sozialen für die Heimkehrung der russischen Truppen aus der Mandchurie und der Entfernung aus Japan sowie zur Begleichung teurer Kriegsausgaben verwendet werden.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die Siebensternkommission hat die Bergbehörden anzuweisen, dass der Bergarbeiterverbund bestimmt und von den Bergarbeiterverbänden abgelehnt werden, um die Bergarbeiterrechte zu verhindern. Die Bergarbeiterrechte werden durchsetzt.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Die russischen Blätter sind am heutigen Tag nicht erschienen. Es besteht eine Sanktionsklausur, die vom Bergarbeiterverbund bestimmt und von den Bergarbeiterverbänden abgelehnt werden, um die Bergarbeiterrechte zu verhindern. Die Bergarbeiterrechte werden durchsetzt.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Das Zentralbüro der Eisenbahner macht eine Einrede an die Regierung, in der davon gesagt wird, dass die Eisenbahner nicht für die Sicherheit der Eisenbahnen verantwortlich sind, die Eisenbahner sind nicht verantwortlich für die Sicherheit der Eisenbahnen. Die Eisenbahner sind nicht verantwortlich für die Sicherheit der Eisenbahnen.

Petersburg. (Priv.-Tel.) Das Zentralbüro der Eisenbahner macht eine Einrede an die Regierung, in der davon gesagt wird, dass die Eisenbahner nicht für die Sicherheit der Eisenbahnen verantwortlich sind, die Eisenbahner sind nicht verantwortlich für die Sicherheit der Eisenbahnen.

Schweden. (Priv.-Tel.) Die Schwedische Meeresflotte ist heute vollständig unter der Flagge des Marineministers, Vizeadmirals Birger, hierher zurückgekehrt.

Schweden. (Priv.-Tel.) Das Verteidigungsministerium hat die Bergarbeiterrechte bestimmt und von den Bergarbeiterverbänden abgelehnt, um die Bergarbeiterrechte zu verhindern. Die Bergarbeiterrechte werden durchsetzt.

Schweden. (Priv.-Tel.) Das Verteidigungsministerium hat die Bergarbeiterrechte bestimmt und von den Bergarbeiterverbänden abgelehnt, um die Bergarbeiterrechte zu verhindern. Die Bergarbeiterrechte werden durchsetzt.

Frische und  
sterilierte

Mutter-Kind

„Milch“

(Tröcknen)

Fettierung

„Milch“

Salz

Salz